

Freitag,  
8. Mai 1914.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 214.  
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt  
erzieht  
an allen Werktagen  
zweimal.  
Der Bezugspreis beträgt  
vierteljährlich  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
in den Ausgabestellen 3,20,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 R.

# Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Gernpr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zelle im  
Anzeigenteil 25 Pf.,  
Stellenteil 80 Pf.,  
Stellengebühre 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftssteller  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Announcebureaus.  
Telegr.: Tageblatt Posen.

Rücksendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beiaufplatzt ist.

## Das Kaiserpaar in Karlsruhe.

Der Kaiser und die Kaiserin sind mit dem Gefolge um 4½ Uhr gestern nachmittags, im Sonderzuge vom Süden kommend, in Karlsruhe eingetroffen. Auf dem mit Fahnen und Blattpflanzen geschmückten Bahnsteig des neuen Hauptbahnhofes hatten sich zum Empfang eingefunden: der Großherzog und die Großherzogin von Baden, Prinz und Prinzessin Max von Baden, der Kommandierende General des 14. Armeekorps, General der Infanterie v. Hoiningen gen. Huene, der preußische Gesandte v. Eisendecker, der Amtsvorstand Geh. Oberregierungsrat Dr. Seidenadel u. a. Nach herzlicher Begrüßung fuhren die höchsten Herrschaften trotz des Regens in offenen Wagen durch ein Spalier von Schulen und Vereinen, die die Majestäten mit Jubelrufen begrüßten, nach dem Residenzschloß. Im ersten Wagen hatte neben dem Großherzog der Kaiser Platz genommen, im zweiten die Kaiserin und die Großherzogin Hilda von Baden. Am Portal des Residenzschlosses wurden die Majestäten von der Großherzogin Luise von Baden und den Hofstaaten begrüßt. An dem Tee, der im Residenzschloß stattfand, nahmen außer dem Prinzen und der Prinzessin Max von Baden auch der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin teil.

Großherzog und Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und Prinz und Prinzessin Max von Baden reisten am Abend zur Teilnahme an den Tausfeierlichkeiten nach Braunschweig ab.

## In Genua

hatte am Donnerstag der Deutsche Klub zu Ehren des Kommandanten und der Offiziere der „Hohenzollern“ ein Festmahl gegeben. Nachmittags waren die Stäbe der deutschen Schiffe beim Generalconsul von Herff in seiner Villa zum Tee geladen. Abends fand zu Ehren der Offiziere im Königin Marguerita-Theater eine Festvorstellung und für die Massen eine Kinoskopographen-Vorstellung statt.

## Ein Deutscher in Südwest ermordet.

Aus Deutsch-Südwestafrika meldet der Gouverneur auf Grund einer Mitteilung der Ambokommission, daß ein Weizer, der von Tsumeb aus ohne behördliche Erlaubnis das Amboland betrat, in Ondonga von Ukuwanjamaleuten ermordet worden sei. Name und Nationalität des Ermordeten sind nicht bekannt. Der Ondonga-Hauptling hat die Mörder vorläufig festgenommen und hält sie zur Auslieferung an das Bezirksamt Outjo bereit.

## Zum Prozeß Abresch-Harder.

Im Anschluß an den ersten Abresch-Prozeß in Mannheim, über den gestern bereits berichtet wurde und dessen Entscheidung erst am 12. Mai gefällt werden wird, wurde über einen weiteren Antrag des Landtagsabgeordneten Abresch vor der Zivilkammer des Landgerichts Mannheim verhandelt.

Dieser Antrag ging dahin, dem Rechtsanwalt Alexander v. Harder jede Verwaltungsmöglichkeit über das argentinische Gut Puerto Marquez zu entziehen und ihm insbesondere den Bezug von Einkünften zu verbieten. Das Gericht gab diesem Antrag durch eine vorläufige Entscheidung dahin statt, daß Rechtsanwalt Alexander v. Harder verpflichtet wurde, gegen eine Konventionalstrafe von 1500 Mark für jeden Fall, sich jeder Verwaltungstätigkeit über den argentinischen Besitz ohne die Zustimmung des Landtagsabg. Abresch zu enthalten und die aus Puerto Marquez eingehenden Gelder an die Südliche Diskontogesellschaft abzuführen, ohne daß es ihm gestattet ist, Beträge für sich zurückzuhalten. Rommel gehört nämlich Puerto Marquez zum Eigentum des Rechtsanwalts Alexander v. Harder, weil die betreffende Eintragung im argentinischen Grundbuch noch nicht gelöscht ist.

## Über die Familientragödie in Wilmersdorf,

die in der letzten Morgenausgabe schon kurz gemeldet wurde, wird aus Berlin noch berichtet:

In der Sächsischen Straße in Wilmersdorf wohnt der 55 Jahre alte Ingenieur Wilhelm Grossortenhaus mit seiner 20jährigen Tochter Wilhelmine und seinem 13jährigen Sohne Willi. Die Frau war vor etwa einem halben Jahr gestorben. Den Tod seiner Frau hatte sich Grossortenhaus so zu Herzen genommen, daß er gern ums Leben zu werden befürchtete. Er beschloß deshalb im Einverständnis mit seinen Kindern, mit ihnen zusammen aus dem Leben zu scheiden. Dienstag abend hat sich die Tochter Mittwoch abend der Sohn und in der Nacht auf Donnerstag Grossortenhaus mit Hankali vergiftet. In einem Briefe an die Polizei gibt er den Grund zu der Tat bekannt. Die Leichen des Mannes und seiner beiden Kinder wurden, nachdem man die Wohnung gewaltsam geöffnet hatte, dem Scharzhause zugeführt.

## Die Feindseligkeiten in Südalbanien

Telegrammwechsel mit Zographos.

Die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission für Albanien haben an den Führer der Nord-Epiroten Zographos eine dringende Depesche gesandt, worin sie mitteilen, daß die internationale Kontrollkommission

ans Erfragen der albanischen Regierung es übernommen habe, Zographos den Wortlaut von Konzessionen mitzuteilen unter der unbedingten Voraussetzung der sofortigen Einstellung aller Feindseligkeiten und des Vorwärtschreitens. Die Kommission werde dann ebenso bezüglich der albanischen Streitkräfte vorgehen und sich nach Santi Quaranta gegeben, um Zographos die Zugeständnisse mitzuteilen, nach deren Annahme sie ihre Durchführung unter Verbürgung ihrer Aufrechterhaltung überwachen werde. Die Kommission erwarte ein dringendes Antworttelegramm.

Zographos sandte ein dringendes Antworttelegramm, worin er mitteilte, daß nach Erhalt der Depesche der Kontrollkommission von Seiten der Aufständischen der Befehl ergangen sei, die Feindseligkeiten und den Vorwärtschritt vom Mittag des 7. Mai ab einzustellen in der Erwartung, daß gleiche Befehle an die albanischen Streitkräfte erteilt werden. Zographos bitte, ihm den Zeitpunkt der Zusammenkunft in Santi Quaranta befußt der im Telegramm der Kontrollkommission bezeichneten Mitteilung bekannt zu geben.

## Die Lage in Mexiko.

### Niederlage Huertas gegen die Rebellen.

Carranzas Abneigung, einen Waffenstillstand anzunehmen, wird erklärt durch die von ihm berichteten Erfolge gegen Huertas Truppen, die etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden können:

Niederlage von 3600 Mann Bundesstruppen in Benacazos bei San Luis Potosi, wobei 1800 gefangen genommen und eine Menge Waffen und Munition erbeutet wurden; 1700 Gefangene bei Acapulco und Tepic mit weiteren Mengen von Waffen und Munition; Wegnahme von Feldgeschützen und Artilleriemunition bei dem Angriff auf eine aus Monterrey fliehende Kolonne. Die Vertreter der Konstitutionalistin in Washington prophezeien ganz bestimmt die Einführung der Stadt Mexiko binnen Monatsfrist, wenn die Erfolge in dieser Art andauern.

### Explosion einer Flugzeugbombe in Mexiko-Stadt.

Durch Explosion einer Bombe, welche von einem Flugzeug der Rebellen in die Straßen der Stadt Mexiko geworfen wurde, wurden vier Personen getötet und acht verletzt.

## Deutscher Reichstag.

251. Sitzung vom Donnerstag, 7. Mai.  
(Schluß; Anfang s. Freitag-Morgenausgabe.)

### Die zweite Veratung des Gesetzentwurfes einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird forciert.

#### Staatssekretär des Reichskanzamts Kühn:

Ich habe namens der Verbündeten Regierungen die Erklärung zu wiederholen, daß, wenn der Reichstag dem Kommissionsentwurf zustimmen sollte, die Verbündeten Regierungen

#### dem Entwurf die Genehmigung versagen müßten.

In der Kommission hat man erklärt, daß ein Scheitern der Vorlage eine weitgehende Vertilzung im Lande hervorrufen und die Vertilzung hierfür allein die Verbündeten Regierungen treffen würde. (Lebhafte „Sehr richtig!“ auf allen Seiten.) Ob dieses „Sehr richtig“ draußen im Lande einen Widerhall finden würde, ist mir sehr zweifelhaft. (Widerspruch.) Im vorigen Jahre hat der Reichstag eine Novelle zur Besoldungsordnung beschlossen und die Verbündeten Regierungen haben dieser zugestimmt. Trotz großer Bedenken dagegen, in kurzen Zwischenräumen mehrere Änderungen auf einander folgen zu lassen, haben die Verbündeten Regierungen sich entschlossen, eine neue Vorlage zu bringen, die die Verhältnisse der Dekoßiziere neu regelt. Eine Meinungsverschiedenheit besteht zwischen beiden gelegenden Faktoren insofern nicht, als wir alle der Überzeugung sind, daß den in der Novelle angeführten Beamten, eine Aufbesserung zugetragen werden soll. Eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit besteht nur in der Beziehung, daß der Reichstag noch weitere Beamtenklassen zu bedenken wünscht und die Regierung dies nicht für richtig hält. Bezuglich der gehobenen Unterbeamten haben die Verbündeten Regierungen niemals erklärt, daß sie einer Aufbesserung dieser Beamtenklasse im Prinzip entgegenstehen. Sie haben nur erklärt, daß zurzeit auf die Antrag des Reichstages nicht eingegangen werden könne. Jede Änderung der Besoldungsordnung über die wohlbedachte Grenze hinaus würde zu weiteren Konsequenzen führen, nicht bloß für das Reich, sondern auch für die Bundesstaaten und die Kommissionen. In der

#### Sorge für alle Beamten

lassen sich die Verbündeten Regierungen von niemanden überreden und sie werden an die entsprechenden Vorschläge im geeigneten Augenblick herantreten. Ich verstehe nicht, daß einzelne Beamtenklassen in der Vorlage nicht berücksichtigt werden können, deshalb auch diejenigen Klassen überdrückt bleiben sollen, die die Vorlage bereits berücksichtigt hat. Ich bitte Sie deshalb dringend im Interesse des Zustandekommens der Vorlage, Ihren ablehnenden Standpunkt aufzugeben und dem Entwurf, wie wir ihn unterbreitet haben, zuzustimmen.

#### Abg. Ebert (Soz.):

Nach der heutigen Erklärung des Staatssekretärs scheint das Schicksal der Besoldungs-Novelle besiegelt zu sein. Wenn jetzt, in einer Zeit andauernder Tenterie, der Reichstag verlangt, daß den Unterbeamten gegeben werden soll, was ihnen 1909 vorbehalten wurde, so ist das nur ein Gebot der Notwendigkeit. Die jetzigen Kommissionsvorschläge sind das Allermindeste was den gehobenen Unterbeamten gewährt werden muß. Wir brauchen doch nicht darauf Rücksicht zu nehmen, wenn Preußen glaubt, mit seinen Beamten machen zu können, was es will, wenn es seine Beamten unsachlich behandelt. Der Präsident hält diese Anmerkung für unstatthaft und erachtet den Redner, nicht näher auf die preußischen Verhältnisse einzugehen.

#### Abg. Naack (Btr.):

Trotz der schönen Darlegungen des Staatssekretärs werden wir für die Beschlüsse der Budgetkommission stimmen. Wir wollen keine Novelle verabschieden, ohne den Wünschen der gehobenen Unterbeamten und einer Anzahl höherer Postbeamter Rechnung zu tragen. Die ablehnende Haltung der verbündeten Regierungen muß unter den Beamten des Deutschen Reiches eine große Misströmung auslösen. Auch an dem Punkt dürfte die Regierung nicht achtslos vorübergehen, daß es gelungen ist,

#### alle bürgerlichen Parteien zu vereinigen.

Dadurch wird für die Zukunft dieses Zusammenseins vielleicht unmöglich gemacht. Wir hoffen, daß bereits in kommenden Jahren die verbündeten Regierungen den Beschlüssen der Budgetkommission zustimmen werden, weil die Lage unthalbar ist.

#### Abg. Bassermann (Int.):

Durch die Einigung der bürgerlichen Parteien ist es gelungen, ein gewisses Maß von Forderungen festzustellen. Der Reichstag hat in letzter Zeit stets dem Grundsatz Rechnung getragen, daß das politische Leben

#### auf Kompromissen

der gegebenden Faktoren beruht. Es ist unverständlich, wie die Regierung jetzt, die sich sonst so viele Mühe gibt, die Parteien unter einen Hut zu bringen, über einen solchen Vorgang mit lächeln hinweggeht.

#### Abg. Dr. Oertel (konf.):

Es wundert mich, daß die Regierung in diesem Jahre so hartnäckig in ihrem Standpunkt besteht, während sie doch im vorigen Jahre bei der Wehrvorlage den Wünschen des Reichstages in weitestgehendem Maße entgegengekommen ist. Der Antrag der Budgetkommission tritt für die berechtigten Wünsche aller in Frage kommenden Beamten ein, während in der Regierungsvorlage den gehobenen Unterbeamten und den höheren Postbeamten überhaupt nicht entgegengekommen wird. Wie berechtigt das ist, weiß ich nicht, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Auch ich bin überzeugt, daß das Scheitern der von uns abgeänderten Vorlage eine tiefe Verstimmung herorruft muss in den Kreisen aller Beamten. Es gibt noch eine Menge dringender Beamtenwünsche zu erfüllen, die ich dem Staatssekretär empfehlen möchte. Wenn die Vorlage heute zum Scheitern kommt, dann wird die Erfüllung dieser Wünsche in weite Ferne gerückt werden. Denn wann wir wieder eine Besoldungsvorlage bekommen werden, das wissen die Götter und der Herr Staatssekretär des Reichskanzamts. (Heiterkeit.) Ich spreche daher lebhaft den Wunsch aus, daß es zwischen den einzelnen Parteien und der Regierung zwischen der zweiten und dritten Lesung doch noch zu einer Einigung kommen möge, die den berechtigten Interessen der verbündeten Regierungen und des Reichstages gerecht wird. (Weißt recht.)

#### Staatssekretär Kühn:

Es ist gesagt worden: Wie können nur die Verbündeten Regierungen so fest bleiben, während sie 1913 bei der großen Vorlage den Wünschen des Reichstages in weitestem Maße entgegengekommen sind. Damals lag die Sache ja, daß die Vorlage scheitern mußte, wenn die Regierung den Wünschen des Reichstages nicht nachkam. Heute muß die Vorlage scheitern, wenn der Reichstag es nicht über sich gewinnt, sich auf den Standpunkt der Verbündeten Regierungen zu stellen. (Große andauernde Heiterkeit und Unruhe.) Sie können sich sehr wohl auf den Boden der Regierungsvorlage stellen, weil die Regierung niemals im Prinzip abgelehnt hat, die gehobenen Unterbeamten besser zu stellen. Es sind sachliche Erwägungen darüber anzustellen, in welchem Umfange auch andere Beamtenkategorien zu berücksichtigen sind, und das erfordert längere Zeit. Aus diesen Gründen konnte die Regierung dem Vorschlag der Kommission nicht zustimmen.

#### Abg. Kopsch (Fortschr. Volksp.):

Wir haben manche Wünsche, die uns aus Beamtenkreisen entgegengetreten sind, in der Hoffnung zurückgestellt, die Zustimmung der Regierung zu unseren beachtlichen Vorschlägen zu finden. Trotzdem haben wir von der Regierung ein gutes Unannehmbar gehört. Darauf hat offenbar die Stellung der preußischen Regierung eingewirkt. Die Regierung sollte es sich doppelt und dreifach überlegen, ob sie an ihrem Recht festhalten darf.

#### Abg. Schulz-Bromberg (Rp.):

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich die geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien in einem Punkte durchbreche. Ich glaube, es hat wirklich keinen Zweck, darüber zu streiten, wen denn nun die Schuld an einem Scheitern der Vorlage trifft. Die Beamten, denen schon in der Vorlage eine Gehaltserhöhung zugesetzt war, werden die Schuld jedenfalls nicht der Regierung, sondern dem Reichstag zuschieben. Ich hoffe aber, daß bis zur 3. Lesung doch noch eine Verständigung gefunden wird, die Worte des Herrn Staatssekretärs eröffnen doch wenigstens einen Zugang der Hoffnung, und auch Herr Oertel hat wenigstens im zweiten Teil seiner Rede eine entfernte Möglichkeit dazu offen gelassen. Einsteilein werden auch wir für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Die Abg. Dr. Haegy (El.) und Werner-Hersfeld (Wirtsh. Bg.) traten für die Beschlüsse der Kommission ein.

#### Abg. Dr. Weill (Soz.):

erklärte, daß auch für die dritte Lesung das unerschütterliche Festhalten seiner Fraktion an den Kommissionsbeschüssen feststehe.

Damit schloß die zweite Veratung. Ohne Diskussion wurden die Kommissionsbeschlüsse im einzelnen einstimmig ange nommen.

Darauf setzte das Haus die Spezialberatung des Staats für die Verwaltung des Reichsheeres bei dem ersten Ausgabenmittel „Gehalt des preußischen Kriegsministers“ fort.

#### Kriegsminister v. Falkenhayn:

Am Schlusse der gestrigen Sitzung hat der Herr Abg. Liebknecht sich gegen einen Punkt meiner Ausführungen in Bezug auf das Stuttgarter Protokoll gewendet. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß ich den Herrn Abg. Dr. Liebknecht in meinen Ausführungen mit keinem Wort erwähnt habe, weil ich gar nicht wußte, daß er dabei aufgegen gewesen ist und dabei eine Hauptrolle gespielt hat. In dem offiziellen Bericht über die erste internationale Konferenz der Jugendorganisationen sind mehrere Punkte dessen, was ich gestern gesagt habe, enthalten. Nur in einem Punkte habe ich in diesem Protokolle nicht die Behauptung dessen gefunden, was ich gestern hier gesagt habe, in dem Punkt, wo ich anfuhr, daß diese Jugendvereine ganz besonders geeignet sind, die jungen Leute gegen jeden Dienst mit der Waffe mit Giel und Abschluß zu erfüllen. Mit Spiegel

material besaß sich die Heeresverwaltung nicht. Mein Material bestand aus verschiedenen Publikationen in einigen großen Berliner Zeitungen, gegen die von sozialdemokratischer Seite nicht der geringste Einspruch erhoben ist. (Lebhafte Zurufe b. d. Soz. andauernder Lärm, Glöck des Präsidenten). Die ganze Sache ist ein Streit um Worte. Hier kommt es aber nicht auf Worte an, sondern auf die Sache, wie sie in dem offiziellen Protokoll charakterisiert ist. Diese Sache legt mir die Pflicht auf, gegen ihre Verfälschung mit allen meinen Kräften zu kämpfen. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe und Zurufe b. d. Soz., Glöck des Präsidenten).

Abg. Stücklen (Soz.):

Die Hunderttausende, die jetzt in den Kasernen untergebracht worden sind, werden uns als Arbeitskräfte fehlen. Wollen die Militärbehörden die Misshandlungen wirklich bestrafen, so sollten sie die Schuldbigen einfach davonjagen. Der Soldat muss unbedingt das Recht der Notwehr bekommen. Für die Heldenaten mit der Rettungsmedaille dekorierten Offiziere erkennen wir an; das kann aber nicht gegen die Soldatenhäuser ausgewogen werden. Nur durch die Miliz ist die allgemeine Wehrpflicht denkbar. Was der Kriegsminister von uns sagte, ist uns gleichgültig. Die Sozialdemokratie steht zu hoch, als dass es sie berührt. (Vizepräsident Dr. Dove rief den Redner zur Ordnung) Wir führen den Kampf gegen den Kriegsminister weiter und werden den Sieg erringen.

Kriegsminister von Falkenhayn:

Ich habe nicht die Sozialdemokratie unmoralisch genannt, sondern nur das Streben, das Heer, den Schutz des Vaterlandes, zu desorganisieren. Für die Höhe der Eingelstraßen gibt die Kriminalistik keinen Aufschluss. Abg. Stücklen hat darauf hingewiesen, dass die Selbstmorde in der Armee durch die Misshandlungen gesteigert worden seien. Die Selbstmordziffer beträgt für die letzten zehn Jahre in der Armee 0,34 pro Mille, in der Zivilbevölkerung für die Lebensjahre von 20 bis 25 Jahren 0,36 pro Mille.

Abg. Astor (Btr.):

Auch wir sind entschieden gegen Soldatenmisshandlungen. Das Kriegervereinswesen, dessen sich der Kriegsminister annehmen möge, darf nicht von politischen und konfessionellen Rücksichten geleitet werden. Abg. Götting (ntl.):

Für die verabschiedeten Offiziere sollten genügend Stellen in den Bezirkskommandos geschaffen werden. Unter den verabschiedeten Offizieren bestehen tatsächlich große Notstände. Die Organisation des Veterinärkorps bedarf der Ausbildung.

Kriegsminister von Falkenhayn:

Die Kriegervereine unterstehen dem Ministerium des Innern, dem ich von den Ausführungen des Abgeordneten Astor Mitteilung machen werde.

Darauf verzog sich das Haus.

In einer persönlichen Bemerkung versuchte Abg. Dr. Liebnecht unter großer Unruhe im Hause und zahlreichen Unterbrechungen durch den Präsidenten, dass von dem Kriegsminister gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung und gegen den Redner selbst vorgebrachte Material zu entkräften. Er wurde, als er dem Kriegsminister Verständnislosigkeit vorwarf, zur Ordnung gerufen.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr. Kurze Anfragen; dritte Lesung des Initiativantrages Speck; Fortsetzung des Militärateils.

Schluss 7½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom Donnerstag, 7. Mai.

(Schluss; Anfang siehe Freitag-Morgenausgabe.)

### Zweite Beratung des Kultusetats.

#### Besprechung über die Volkschullehrerbildung.

Abg. Otto (Fortschr. Volksp.):

Unser Antrag, den Volkschullehrern den Zutritt zu den akademischen Studien in ähnlicher Art wie in den anderen Bundesstaaten zu gestatten, ist deshalb wichtig, weil in den anderen Staaten damit günstige Erfolge erzielt worden sind. Die gezielten Anträge der Volkschule erfordern eine gründliche wissenschaftliche Durchbildung. Der nur seminaristisch gebildete Teil der Lehrerschaft hat bisher Auszeichnungen geleistet. Darum müssen sich die Unterrichtsverwaltungen der seminaristisch gebildeten Lehrer mehr annehmen. Was den jungen Männchen der Oberlyzeen gewährt wird, sollte auch den Volkschullehrern zugebilligt werden.

Ein Antrag der Freikonservativen verlangt im Interesse des Volkschulwesens einen Ausbau der bestehenden akademischen Kurse, dass es den Volkschullehrern ermöglicht wird, die Befähigung zur Besetzung der Kreisschulinspektoren- und Seminarlehrerstellen zu erwerben.

Abg. Dr. Hes (Btr.):

Herr v. Campe hat seinen Antrag so verklauft, dass man gar nicht mehr weiß, was er eigentlich will. Wenn der Abg. Otto allen Volkschullehrern die akademische Laufbahn geben will, dann darf er auch nicht an der Frage der Kosten enden und vorbeigehen. Wer soll die Kosten tragen? Wenn es den Freikonservativen mit der Lehrerfreundlichkeit so ernst ist, dann sollten sie doch erst einmal in den freiwilligen Städteverbänden den Anfang machen. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag v. Campe läuft schließlich in seinem letzten Teile auf die Einheitsschule hinaus, die wollen wir aber nicht. Wir leiden in Preußen an einem Assessorismus, der viel Gutes unterbindet. Wir sind der Meinung, dass den Volkschullehrern eine höhere Laufbahn geöffnet werden muss. Es könnte gar nichts schaden, wenn einmal einer Kultusminister würde. (Heiterkeit!) über die akademischen Lehrerkurste läuft sich ein abschließendes Urteil noch nicht geben. Da aber unsere Seminare für den freien Besuch der Universitäten noch nicht eingereicht sind, können wir diese Kurse nicht entbehren. Wir werden die Wünsche der Lehrer stets fördern.

Abg. Dr. Dörhoff (freikons.):

Auch für uns ist die Vorbildung der Lehrerschaft eine wichtige Frage, weil sie die Brausierung ist für eine geistige Entwicklung der Volkschule. Die akademischen Lehrerkurse verbreiten eine wissenschaftliche Durchbildung, die unserer Volkschule nur von Vorteil sein kann. Durch diese Kurse ist es möglich, den Lehrern eine höhere Laufbahn zu eröffnen, wie es der Antrag von Campe will. Da die Unterrichtsverwaltung den Seminaren schon die größte Aufmerksamkeit schenkt für die wissenschaftliche Vertiefung, ist ein weiterer Ausbau doch nicht erforderlich, zumal der Abg. v. Campe ja auch betont hat, dass die Seminare nicht höhere Lehranstalten, sondern Fachanstalten sei jollen. Eine Vereinheitlichung der Schulen lehnen wir ab. Wir wollen die Elementarschule erhalten, so wie sie ist. Der Antrag Aronsohn, der allen Lehrern akademische Bildung geben will, ist im Interesse der Lehrer und des Volkes nicht erfüllbar.

Kultusminister v. Trott zu Solz

ist verwundert darüber, dass die Frage jetzt wieder zur Erörterung steht, nachdem sie doch vor kurzem erst erörtert worden ist. Der Antrag der Nationalliberalen hat in diesem Jahre eine etwas andere Form als im vorigen Jahre. Aber nachdem ich die Rede des Herrn v. Campe gehört habe, kann ich einen Grund dafür, in diesem Jahre wieder mit einem Antrage zusammenkommen, nicht erkennen, dass Herr v. Campe in seinen Ausführungen etwas wesentlich anderes verlangt hat, als die Einrichtungen, die ich bereits getroffen habe. Der ziemlich scharfe Kritik, die von anderer Seite an der Rede des Herrn v. Campe geübt worden ist, will ich mich nicht in allen Teilen anschließen. Den Eindruck habe ich allerdings auch gehabt, dass die Begründung, die Herr v. Campe seinem Antrage gegeben hat, mit dem Wortlaut des Antrages sich nicht ganz

deckt, und dass in der Begründung sich direkte Widersprüche befinden. Ich gewann seiner den Eindruck, als ob Herr v. Campe die Hochschulkurse der Volkschullehrer praktisch überhaupt nicht bekannt seien. Erfahrungen über die Kurse liegen erst seit drei Jahren vor. Soweit man heute schon urteilen kann, kann das Resultat voll befriedigen. Das haben auch die Universitätsprofessoren anerkannt, welche diese Kurse leiten. An diesen Kursen hält man zweckmäßigerweise fest, wie das der Antrag Dörhoff tut. Meine Absicht ist es keineswegs, den sogenannten Assessorismus in die Lehrerschaft hineinzutragen. Ich habe durchaus nicht die Absicht, nur diejenigen Lehrer in die besseren Stellungen hineinzubringen, welche diese Kurse absolviert haben. Wenn ein Lehrer tüchtig in der Praxis leistet, selbstständig sich fortbildet, kann er sehr wohl in höhere Stellungen kommen, auch wenn er keine Kurse durchgemacht hat. Gegen den Antrag Dörhoff habe ich nichts einzubringen, auch nichts gegen den Antrag Hes. Dieser würde höchstens noch die Praxis der Unterrichtsverwaltung einengen, da auch jetzt schon Volkschullehrer ohne Mittelschullehrer-Examen und ohne das Prädikat gut in diese Kurse aufgenommen werden sind. Wir geben uns alle Mühe, auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen und unser Lehrerstand die Mittel in die Hand zu geben, um sie fortzubilden. Ich weiß, wie stark das Streben nach Fortbildung und Vertiefung des Wissens in der Lehrerschaft ist. Ich bin bereit, ihr durchaus auf diesem Wege zu helfen und auch dafür zu sorgen, dass die Lehrer in die gehobenen Stellen der Schulverwaltung gelangen.

Abg. Eichhoff (Fortschr. Bp.):

Der organische Zusammenhang zwischen Volkschule und höheren Schulen muss gefördert werden. Die Einheitsschule ist zwar noch ein Problem, doch wird es in Zukunft gelöst werden. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Weg von der Volkschule bis zur Universität durchlaufen werden kann.

Abg. Heins (Hosp. b. d. Kons.):

Den Antrag von Campe lehnen wir ab, ebenso den Antrag Aronsohn. Die Verhältnisse in den anderen Bundesstaaten treffen auf Preußen nicht zu. Preußen hat keinen bestimmten Bildungsgang vorgeschrieben, Volkschullehrer können nach ihrem Belieben die Mittelschullehrerprüfung ablegen und damit die Seminarlehrerlaufbahn eingeschlagen. Preußen ist also viel freiheitlicher als andere Bundesstaaten. Die Frage ist, ob tüchtige Fachbildung oder akademische Bildung besser ist. Man darf jedenfalls diese Frage nicht benutzen, um eine verbrechende und zerstörende Agitation in die Lehrerkreise zu tragen. Strebhamen und tüchtigen Lehrern mag die akademische Laufbahn wohl eröffnet werden, die Seminare müssen aber Fachanstalten bleiben. Wenn wir religiös-sittliche Männer erziehen wollen, dann müssen wir die christlich-konfessionelle Volkschule pflegen.

Nächste Sitzung: Freitag, 11 Uhr: Fortsetzung.

## Bur Tagessgeschichte.

### Die Petroleummonopol-Vorlage vertagt.

Die Kommission des Reichstages zur Beratung des Entwurfs über den Verkehr mit Leuchtöl nahm zu Beginn der gestrigen Sitzung einen Vertagungsantrag einstimmig an. Der Antrag war damit begründet, dass ein großer Teil der Mitglieder der Kommission in anderen Ausschüssen tätig sein müsse.

### Zur Frage der Seekriegsrechtsänderung.

Die Baltische und Weiße Meer-Konferenz, die gegenwärtig in London tagt, nahm einstimmig Beschlüsse an, in denen die unheilvollen Folgen der Begrenzung unbeteiligten Privateigentums auf See in Kriegszeiten betont und die Regierungen aufgefordert werden, die Aufhebung dieses Rechts, abgesehen von den Fällen von Konterbande, in Erwägung zu ziehen. Der Delegierte Heinrich Arp-Hamburg, der für die Annahme der Beschlüsse eintrat, erklärte, die Interessen der Schiffseigentümer müssten gewahrt werden, und dasselbe gelte für die Ladung. Auch die skandinavischen Delegierten billigten die Grundsätze der Beschlüsse. In der Konferenz sind alle fahrenden Nationen nördlich von Spanien mit einem Schiffsmaterial von 4 299 644 Tonnen vertreten.

## Deutsches Reich.

### \*\* Der Dank des Kronprinzen. Der "Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Auch in diesem Jahre sind Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen zum Geburtstage wieder aus allen Teilen des Reiches und auch vielfach aus dem Auslande so überaus zahlreiche Glückwünsche eingegangen, dass es Höchstdemokratie leider nicht möglich ist, jeden einzelnen zu beantworten. Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit beauftragte das unterzeichnete Hofmarschallamt daher, allen denen, die Seiner am 6. Mai in so freundlicher Weise gedachten, hierdurch Höchstseinen besten Dank zu übermitteln.

Berlin, den 6. Mai 1914.

Hofmarschallamt Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen.

Graf von Bismarck-Böhlen.

\*\* Der Fürst von Hohenzollern begibt sich mit dem Erbprinzen am 11. Mai nach England, wo sie einige Wochen als Gäste des Königs und der Königin von Portugal verweilen. Nach seiner Rückkehr wird sich der Erbprinz Universitätsstudien widmen.

\*\* Die Königin von Württemberg begibt sich heute (Freitag) zu kurzem Besuch nach Dessau.

\*\* Ballin an Delbrück. Dem Staatssekretär Dr. Delbrück ist von dem Generaldirektor der Hamburg-Amerikalinie, Ballin, folgendes Telegramm zugegangen:

Euer Exzellenz danke ich herzlich für die nach der Besichtigung des "Vaterland" überstandene und übermittelten Grüße und Wünsche wie für die Worte hoher und ehrenvoller Anerkennung für Schiffbau und Reederei. Ich bitte Euer Exzellenz und den Herren vom Bundesrat nochmals zum Ausdruck bringen zu dürfen, wie sehr ich es verlangt habe, den denkwürdigen Tag der Besichtigung des "Vaterland" durch Bundesrat und Reichstag nicht miterlebt zu haben.

\*\* Infant Ferdinand von Spanien, Prinz von Bayern, hat dem König Alfons seinen Wunsch unterbreitet, sich mit Luisa Silva Fernandez Henestrosa zu vermählen; der König hat ihm seine Einwilligung erteilt. Die Hochzeit wird im Oktober stattfinden. Fräulein Silva ist die Tochter des Grafen Pio de Concha.

\*\* Die Wahl des Abg. Bassermann. Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloss Beweiserhebungen über die Wahl des Abg. Bassermann (Trier II).

\*\* Die Novelle zum Kali-Lex wird dem Reichstag mit Rücksicht auf seine Geschäftslage erst im Herbst zugehen.

\* Christlichsoziale Partei. Am Sonntag, dem 10. Mai nachmittags 3 Uhr, findet im Reichstagsgebäude die Frühjahrstagung des Ostgaues der Christlichsozialen Partei statt.

\*\* Verurteilung wegen Beleidigung der preußischen Militärgerichte. Aus Anlass des Erfurter Kriegsgerichtsurteils, welches zu einer Verurteilung der Militär-Strafgesetze geführt hat, erschien in dem "Freien Volk", dem Organ der Demokratischen Vereinigung, ein Artikel mit heftigen Angriffen auf die Militärgerichte, infolgedessen der Kriegsminister Strafantrag wegen Beleidigung der preußischen Militärgerichte, insbesondere des Erfurter Kriegsgerichts, gegen den Leiter des Blattes, Bahnarzt Dr. Heinrich Laser aus Schöneberg und den Verfasser des Artikels, Schriftsteller Karl von Ossietzki, stellte. In der gesetzlichen Verhandlung vor dem Landgericht II Berlin kam das Gericht zu der Auffassung, dass der Artikel keine sachliche Kritik darstelle, sondern persönliche Angriffe beleidigender Art enthalte. Die Angeklagten wurden zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, dem Kriegsminister die Befreiung zugesprochen, das Urteil im "Freien Volk" und in der "Hamburger Nachrichten" zu veröffentlichen.

\*\* Keine Ausweisung von Franzosen aus dem Reichslande. Gegenüber der Mitteilung des Pariser "Matin", dass die Ausweisung der in Elsaß-Lothringen wohnhaften Franzosen durch die Regierung in Aussicht steht, kann das offizielle Telegraphenbüro nach Erforschungen am maßgebender Stelle feststellen, dass der Regierung in Elsaß-Lothringen nichts davon bekannt ist.

### Luftschiffahrt und Flugwesen.

\* Der militärische Sternflug nach Döberitz, der auf Beratung der Generalinspektion für das Militär- und Kraftfahrwesen am Dienstag von sämtlichen Militärlegerstationen aus erfolgte, fand Donnerstag mit einem Geschwaderflug von Döberitz nach Hannover seinen Abschluss. Von den in Döberitz eingetroffenen Flugzeugen sind Donnerstag früh in der Zeit von 7½ bis 8 Uhr 22 aufgestiegen, davon sind 20 bei ziemlich starkem Gegenwind nach einer Fahrt von durchschnittlich drei Stunden auf der Bahnhofswalde bei Hannover eingetroffen und glatt gelandet. Um 11½ Uhr stand noch die Ankunft von zwei Flugzeugen aus. Das eine musste unterwegs eine Notlandung vornehmen, wobei es beschädigt wurde. Das letzte Flugzeug ist im Laufe des Tages in Hannover eingetroffen.

### Spanien.

\* 50 Dampfer außer Betrieb. Im Hafen von Bilbao sind mehr als 50 Dampfer infolge der Arbeitszeitinstellung der Maschinisten außer Betrieb gesetzt. Die Matrosen schlossen sich ihnen an. Die Docksarbeiterverbände weigern sich zu arbeiten. Die Polizei überwacht die Überfahrt zweier mit arbeitswilligen Mannschaften besetzter Dampfer.

### Amerika.

\* Die mexikanische Politik der Union wurde am Mittwoch in einer im Senat eingebrochenen Resolution heftig angegriffen und Wilson aufgefordert, zu erklären, ob er General Villa dazu verhelfen solle der zukünftige Beherrschung Mexikos zu werden. Ein Senator gab deutlich zu verstehen, dass die Regierung geneigt sei, Carranza und Villa ihre Kämpfe gegen Huerta aufzulösen zu lassen und deutete an, dass sie, wenn sie so fahren, wie sie vorgingen, von den Vereinigten Staaten nicht angegriffen werden würden.

## Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 8. Mai.

### Berufungen bei der Wehrbeitrags-Beranlagung.

Zwecks beschleunigter Erledigung der Berufungen auf die Beranlagungen zum einmaligen Wehrbeitrag, die jetzt den Steuerpflichtigen zugeschlagen ergangen, die ihren Grund ohne weiteres in der außergewöhnlichen Belastung haben, die den Steuerpflichtigen durch die Abgabe erwacht. Für Preußen speziell ist angeordnet worden, dass, während die Zustellung zur Beranlagung zum Wehrbeitrag gleichzeitig mit der Beranlagung zu den Staatssteuern erfolgt, die Berufungen gegen die Beranlagung zum Wehrbeitrag besonders zu bearbeiten sind. Sie sollen bei den Behörden eine beschleunigte Erledigung erfahren, die nicht mit der von Beitragspflichtigen etwa gleichzeitig eingebrachten Berufung gegen die Beranlagung zur Einkommen oder Ergänzungsteuer verbunden werden darf. Musst zunächst hinsichtlich der Staatssteuern im Einspruchsvorfall eine Entscheidung der Beranlagungskommission ergehen, so soll diese alsbald herbeigeführt werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Berufungen im Wehrbeitragsverfahren so schnell als möglich zu erledigen sind. Die Ausfertigung der Entscheidung darf nicht mit der auf andere Steuerarten Bezug habenden Entscheidungen verbunden werden, während der gleichzeitigen Zustellung verschiedener Entscheidungen natürlich nichts im Wege steht. Von besonders praktischer Bedeutung für die Steuerpflichtigen ist es, dass die Zurückstellung zu viel erhöhter Beiträge sofort erfolgen soll, sobald im Rechtsmittelverfahren anerkannt ist, dass die Beranlagung zu hoch war und der Wehrbeitrag zu ermächtigen ist.

# Bei der Preisverteilung auf der 38. Mastohausstellung in Berlin haben aus der Provinz Posen Auszeichnungen erhalten: Die goldene Rathauspreismedaille Rittergutsbesitzerin Fräulein D. Goniorowski-Bryhin (Kr. Samter) für 24 Jungochsen, außerdem einen zweiten Füchterspreis, einen Ehrenpreis der Stadt Berlin, 5 silberne und 3 bronzenen Preismedaillen und je 2 erste und zweite Preise. Rittergutsbesitzer von Berentz-Borowo (Kr. Kosien) Ehrenpreis der Stadt Berlin, desselbe Rittergutsbesitzer Kirchstein-Szczyzyn (Kr. Bleichen). Viehhändler Sally & Co-Rathaus-Gesellschaft Pempow (Kr. Gostyn), Oberamtmann Julius Herz-Eichenrode (Kr. Wirsitz).

X Zur Einziehung bestimmtes Diphtherieheilserum. Das Diphtherieheilserum mit den Kontrollnummern 311 und 312 aus der chemischen Fabrik von E. Merck

würdigen Neubau aufgestellt werden. Der Erste Bürgermeister fügte noch hinzu, daß der Versammlung demnächst eine Vorlage zugehen werde. Die Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung wurden für gültig erklärt. Beschlossen wurde der Ankauf des Platzes westlich der Breslauer Bahn für 8000 Mark und des Hüterschen Grundstückes, Bismarckstraße 55, für 10000 Mark. Weiter genehmigte die Versammlung die Anstellung zweier Techniker auf ein Jahr und Erweiterungsbauten in Höhe von 68000 Mark an den städtischen Kaserne, die durch die Garnisonverstärkung erforderlich geworden sind.

\* Pleschen, 7. Mai. Am vergangenen Sonntag Jubiläum beging die evangelische Kirchengemeinde Sobotta, die den südlichen Teil des Kreises Pleschen umfaßt, die fünfzigjährige Erinnerungsfeier der Einweihung ihrer schönen Kirche. Der 17. März 1864 war der Tag, an dem der verehrte Generalsuperintendent Cranz einst dieses Gotteshaus zum gottesdienstlichen Gebrauch geweiht hatte. Mit Genehmigung des Reg. Konsistoriums hatte die Gemeinde aber ihre Jubelfeier, wie auch einst vor 25 Jahren, in eine günstigere Jahreszeit verlegt. Vom herrlichsten Maienwetter begünstigt, verließ die Feier für die zahlreichen Teilnehmer in der festlich geschmückten Kirche erhebend und wird wohl allen unvergänglich bleiben. Pfarrer Jost aus Pleschen, der zehn Jahre hier amtiert hat, hielt die Liturgie, der Ortspfarrer Saenger die Predigt. Den Höhepunkt des durch Chorgejüng bereicherten Gottesdienstes bildete die Schlussansprache des Generalsuperintendenten D. Blau, ausklingend in den Aufruf zur Treue gegen den treuen Herrn der Kirche. Außerdem dem Oberhirten der Provinzialkirche, dem Superintendenten und mehreren Geistlichen der Diözese, sowie dem Sohne des ersten hier über 40 Jahre tätig gewesenen Pfarrers der Gemeinde, Professor Hoffmann aus Posen, hatten folgende Herren als Vertreter des Kirchenregiments und der Regierung der kleinen Diakoniegemeinde die Ehre und Freude der Teilnahme an ihrem Jubelfeste bereit: Regierungspräsident Kraemer, Konsistorialpräsident Balon, Oberregierungsrat von Neder, Landrat Dr. Gewiese. Ein Festmahl im Schloss des Reg. Kammerherrn v. Stiegler, dessen verehrtem Vater, Hauptmann Eduard von Stiegler, das Hauptverdienst der hiesigen Gemeinde- und Kirchengründung zu steht, beschloß die Feier.

\* Schwenten (Bez. Posen), 6. Mai. Ein bedauerlicher Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich heute im Nachbarorte Kreuz. Der Eigentümer Weidert fuhr mit seinen beiden kleinen Kindern auf das Feld; unterwegs schaute sein Pferd und lief mit dem Wagen gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß sein kleiner Tochterchen herunterfiel und das Genick brach. Der Tod trat sofort ein. Sein Sohn erlitt am Kopf erhebliche Verletzungen, während W. mit dem bloßen Schreden davonfam.

\* Mroitschen, 6. Mai. Am letzten Sonntag wurde in Wirsa die hundertste Wiederkehr des Tages feierlich begangen, an dem Wirsa und die Vorwerke Edwardshausen (Sielkowo) und Ernsthausen (Janowo) sowie die Güter Mathildeinhöch und Weißthurm in den Besitz der Familie von Lehmann gekommen sind. Alle Arbeiter, die länger als drei Jahre im Dienst stehen, erhalten nachstehende Geldgeschenke: sämtliche Arbeiter und Angehörige wurden feierlich bewirkt. Lehrer Modrow aus Wirsa-Friedrichsberg hielt eine Ansprache, in der er die Entwicklung des von Lehmannschen Besitzes behandelt.

\* Schubin, 5. Mai. Vor einigen Tagen wurden zur gleichen Stunde die Mühlensächerfrau Weißhoff und deren 17jährige Schwester aus Polen überrascht. Sie mußten heute in die Irrenanstalt Ozelsko übergeführt werden. Der Grund der Erkrankung bei beiden Schwestern, die bisher ferngesund waren, ist nicht festzustellen; es handelt sich vermutlich um religiösen Wahnsinn.

\* Wissel, 6. Mai. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden bezüglich der Ausführung bestimmen, zum Ortsstatut über die Errichtung einer Pflichtfeuerwehr wurden angenommen. Schließlich erstaute Bürgermeister Severin noch Bericht über den Stand des Eisenbahuprojektes von Neithal-Wirsz-Kiezhöwo-Zuckerfabrik-Wissel-Krojanke und betonte dabei, daß das fertig ausgearbeitete Projekt dem Verkehrsminister zum Herbst zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Zerner berichtete der Bürgermeister über die Errichtung des Distriktsamts zum 1. Juli d. J. in Wissel, besonders über die für einen Distriktskommissar evtl. in Betracht kommende Wohnung über die Eingemeindung von Groß-Wissel in die Stadt Wissel, über deren weiteren Fortgang der Regierungspräsident in Bromberg zu befinden hat.

\* Hohenfelsa, 6. Mai. Unter dem dringenden Verdacht, den Bierkutscher Zumatalski aus Thorn unweit Waldow ermordet zu haben, befindet sich im hiesigen Gefängnis ein Schweizer, ein Sohn eines Mordtäters, der in Waldow ein Sozialtermin statt zu dem der in Mordverdacht stehende Häftling, stark gesessen von 2 Transporten gebracht wurde. Zu dem Termin, den der Untersuchungsrichter am hiesigen Amtsgericht abhielt, waren 25 Zeugen geladen, denen der des Mordes Verdächtige gegenüber gestellt wurde. Über das Ergebnis ist noch nichts bekannt.

\* Schneidemühl, 7. Mai. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß heute den Neubau eines Försterhauses an der Seliger Chaussee mit einem Kostenaufwande von 20000 M. Das alte Försterhaus Eichberg soll für zwei Arbeiterwohnungen hergerichtet werden. Als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung auf dem Deutschen Städtestage in Köln wurde Stadtverordnetenvorsteher Gaebel delegiert. In der städtischen Verwaltung sind zurzeit vier Beamte erkrankt. Für Vertretungsfesten wurden 1500 M. bewilligt. Für die Planierung des Flugplatzes der Albatross-Gleisergesellschaft wurden 12500 M. und für die Errichtung eines Drahtzaunes durch den der Flugplatz von drei Seiten insgesamt mit 4000 Metern Länge abgesperrt ist, 4000 M. bewilligt, ferner noch 2275 M. für Befestigung des Weges zu den Gebäuden der Albatrosswerke. Für das städtische Polizeigefängnis, das kürzlich eröffnet worden ist, wurden für Pflasterung des Hofes, Pflasterung der Eichblattstraße usw. 20700 M. bewilligt. Die Straßenreinigung hat die Stadt vom 1. d. Mts. ab in eigene Verwaltung übernommen.

\* Langenbach bei Danzig, 6. Mai. Seit gestern morgen steht fast sämtliche 700 im Betriebe der hiesigen schlesischen Holzindustriegewerkschaft beschäftigten Arbeiter aller Arbeitswege. Die Ursache des Streites sollen in Differenzen mit der Direktion zu suchen sein. Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind eingeleitet.

\* Siewe bei Cottbus, 7. Mai. Gestern mittag wurde der 77-jährige Ausgedinger Stepper in seiner Behausung mit gespanntem Schädel tot aufgefunden. Von dem Mörder, der in der Wohnung alles unberührte gelassen hatte, fehlt jede Spur.

\* Primkenau, 6. Mai. Als Jagdgäste des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein sind hier eingetroffen der bulgarische General von Markow, der österreichisch-ungarische Marineattaché Graf Colloredo-Mansfeld, der außerordentliche Gesandte Graf Wedel-Berlin und General der Kavallerie d. O. von Bissing.

ließ er seinen Truppenteil und begab sich auf die Wanderschaft. Am 22. Januar tauchte er in Bentschen auf, halb verhungert und die Füße voller Blasen. Hier kehrte er bei einer Frau ein, erzählte ihr, daß er mit einem Feldwebel und 26 Mann auf einem Übungsmarsch begriffen sei und bat, ihn auf den Hauboden übernachten zu lassen. Die Frau, deren Mann vom Hauboden überwacht war, fürchtete sich und schickte zu dem Stadtpolizisten, der ihn festnahm. Diesem erzählte er dieselbe Geschichte von dem Übungsmarsch und nannte sich Otto Koch. Als er auf der Wache durfte, stellte sich sein richtiger Name heraus. Auch er war in ihm einen Brief, der seine Absicht, fahnenflüchtig zu werden, bewies. Er teilte darin seiner Schwester mit, daß wenn es ihm gelinge, ins Ausland zu entkommen, sie weitere Nachrichten erhalten werde, wenn ihm aber seine Absicht nicht gelinge, bekomme man ihn nicht lebend nach Spandau. Der Beamte erklärte ihm, daß es besser gewesen wäre, wenn er den Brief nicht geschrieben hätte, gab ihm diesen aber zurück, worauf ihn der Angeklagte verzerrt und in einen Eimer warf. Er will sich den Umstand, daß er keine Dokarde hatte, sehr zu Herzen genommen haben und dadurch zu seiner Entfernung veranlaßt worden sein. Eine dauernde Entfernung von seinem Regiment habe er nicht beabsichtigt. Er wurde wegen Fahnenflucht, Gefangenwerbung und Angabe eines falschen Namens zu 1 Jahr 14 Tagen Gefängnis, 5 Tagen Haft und erneuter Verziehung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Die Haftstrafe wurde durch die Untersuchungsbehörde für verbüßt erachtet.

\* Posen, 7. Mai. Schößengericht. Wegen Heiratsabschluß in deileien hatte sich der Handlungshelfer Gustav Bussewitz aus Bromberg zu verantworten. Einige Wochen nach seiner Entlassung vom Militär war der Angeklagte frank geworden. Er führte seine Erkrankung auf seine Dienstzeit zurück, wurde aber mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Im vorigen Jahre kam er zu seinen Eltern nach Posen und machte die Bekanntschaft der Restauratorstochter Bibinger, mit der er längere Zeit verkehrte. Er erzählte ihr, er sei Steuerkontrolleur, hätte den Bivilversorgungsschein, bekäme vom Militär eine Rente und stellte ihr in Aussicht, daß er sich mit ihr verloben würde. Diejenigen Verbrechen benutzte er, um aus Geldvergleichshandlungen herauszukommen. So ließ er sich eines Tages 13 M. und verlangte etwas später 25 M., erhielt diesen Betrag aber nicht. Um seine Braut zur Hergabe des Gelbes zu veranlassen, sandte er ihr einen Brief: "Entweder kriege ich 25 Mark, oder ich gehe zur Margarete," einer Cousine der Bibinger. Er bekam das Geld trotzdem nicht. Das Verhältnis ging in die Brüche, und er wandte sich nun der Cousine seiner ersten Braut, der Margarete Lehmann zu. Er machte dieser dieselben falschen Mitteilungen, wie der Bibinger. Auf Grund seiner Angaben und eines schriftlichen Versprechens, daß er die Lehmann heiraten wollte, sofern er die Beamtenstellung erhalten, lebte er längere Zeit herrlich und in Freuden. Vier Monate ließ er sich mit Post und Logis versorgen, und zur Befriedigung seiner übrigen Bedürfnisse schwindelte er ihnen ein Darlehen von 230 Mark ab, dann löste er das Verhältnis und ging nach Breslau, wo er verhaftet wurde. Das Schößengericht verurteilte ihn wegen eines versuchten und eines vollendeten Betruges zu 1 Monat Gefängnis, woran die Untersuchungshaft bis zur Höhe von 2 Monaten angerechnet wurde. — Die Firma H. Schellenberg und der Weinbäcker Konrad Bartel hatten von der Firma Kronstein in Breslau Wein bezogen, erster 10 Fässer ungarischen Weißwein und 5 Fässer süßen Ungarwein. Schellenberg reklamierte, daß der Weißwein minderwertig sein sollte; den Ungarwein nahmen aber beide in Gebrauch. Durch Gesetz vom 1. April 1909 ist die Bezeichnung "süßer Ungarwein" verboten. Es ist aber erlaubt, den Wein auszuberufen. Ein Weinkontrolleur beschlagnahmte den sämtlichen, von Kronstein bezogenen Wein, da er annahm, daß der Weißwein nicht aus Ungarn, sondern aus Italien stammte und der süße Ungarwein nicht vor dem 1. April 1909 in Ungarn hergestellt, sondern erst später in Österreich gebrüht worden sei und gelegentlich als österreichischer Schweinewein bezeichnet werden müssen. Der Lieferant gab selbst an, daß der Wein in Österreich gebrüht worden sei, er habe aber geglaubt, dies wäre erlaubt, und er hätte ihn unter dem Namen "süßer Ungarwein" verkaufen dürfen. Weiter wurde festgestellt, daß Kronstein den Spediteur angewiesen hatte, er solle den Empfängern nicht die Ursprungsänder angeben, auch alle Bahnzettel an den Fässern entfernen. Das Gericht beschloß deshalb, da bei dieser Lieferung gegen das Weingesetz verstochen worden war, Einziehung des einen bedeutenden Wert darstellenden Weines, nämlich von 15 Fässern Wein bei Schellenberg und von ca. 220 Liter Wein bei Bartel.

## Forst- und Landwirtschaft.

### Saatenstand in Deutschland.

Der Saatenstand im Deutschen Reich war anfang Mai, wenn zwei gut und drei Mittel bedeutet für Winterweizen 2,5 gegen 2,5 im Mai 1913, für Winterspelz 2,2 gegen 2,7 im Mai 1913, für Winterroggen 2,6 gegen 2,7 im Mai 1913, für Klee 2,5 gegen 2,5 im Mai 1913, für Lüge 2,6 gegen 2,8 im Mai 1913, für bewässerte Wiesen 2,2 gegen 2,3 im Mai 1913, für andere Wiesen 2,6 gegen 2,6 im Mai 1913. In den Bemerkungen des Statistischen Amtes heißt es:

War der Verlauf der Witterung für die Entwicklung des Wintergetreides im allgemeinen wenig fördernd, so wurde dagegen die Frühjahrsbestellung durch das trockene Wetter begünstigt. Die Sommerfrüchte waren Ende April nahezu vollständig eingetragen, zum großen Teil war auch die Kartoffelauswahl schon beendet. Die infolge von Witterungsschäden notwendig gewordenen Umpflügungen haben im allgemeinen keinen großen Schaden angenommen; nur in einigen westdeutschen Gebieten waren sie recht erheblich. Mehrfach wird über starke Verunreinigung berichtet. Gegenüber dem Vorjahr sind in der Beurteilung des Winterweizens in den einzelnen Bundesstaaten nur geringfügige Abweichungen teils zum besseren, teils zum schlechteren zu verzeichnen, Winterspelz wird sogar im allgemeinen etwas besser beurteilt. Dagegen haben sich die Begutachtungsziffern für Winterroggen fast durchweg, und zwar zum Teil ziemlich verschlechtert. Infolge der Trockenheit und der kalten Nächte sind die Roggensaaten vielfach gelblich geworden, und ihre Bestäubung läßt zu wünschen übrig. In der Bewertung des Standes der beiden Futterkräuter, besonders des Klees, gehen die Berichte der Staaten ziemlich weit auseinander, im großen und ganzen wird jedoch damit gerechnet, daß das im April stark zurückgehaltene Wachstum mit dem Eintritt feuchter und wärmerer Witterung wieder kräftiger einzehen wird, zumal die Pflanzen zumeist kräftig angezogen haben. Während in einigen Staaten die Wiesen infolge der kalten und trockenen Witterung zurückgeblieben sind, finden sie nach anderen Berichten, besonders in Süddeutschland, eine günstige Beurteilung.

## Mexiko.

### Vermehrung des amerikanischen Heeres.

Washington, 7. Mai. Eine vom Senat angenommene Resolution ermächtigt den Präsidenten, die Stärke des stehenden Heeres über die gesetzliche Zahl von 100000 Mann hinaus zu vermehren.

### Die Ölwerksbesitzer in Mexiko.

Washington, 7. Mai. Nach Meldungen, die die britische Botschaft erhalten hat, haben die Mexikaner in Tampico den englisch-amerikanischen Ölwerksbesitzern die Erlaubnis zur Rückkehr in das Land verweigert, bis alle Kriegsschiffe auslaufen seien.

## Vorden in Veracruz.

London, 7. Mai. Nach einem Telegramm des Vertreters des Roten Kreuzes in Veracruz seien dort einige Fälle von Pocken vorgekommen. Im allgemeinen sei aber der Zustand der Stadt befriedigend.

### Weitere Erfolge der Rebellen.

New York, 8. Mai. (Privattelegramm.) Ein Telegramm des amerikanischen Konsuls in California besagt, daß die gesamte Garnison der Bundesstruppen von Azapozeta im Staate Tepic vernichtet oder gefangen genommen sei. Die Rebellen dringen unablässsam vor, und ihre Vorposten sind vor Durango bei Saltillo angelangt.

## Telegramme.

### Der Zwist an der Berliner Handelshochschule.

Berlin, 8. Mai. Der Streit in der Handelshochschule dauer fort. Das Dozentenkollegium hat gestern wieder stundenlang über die Sachlage beraten. Seine Beschlüsse werden vorläufig geheim gehalten. Der Börs. Btg. zufolge werde voraussichtlich die Aufsicht behörde in den nächsten Tagen versuchen, den leidigen Zwist aus der Welt zu schaffen.

### Die zurückgekehrten Luftschiffer.

Berlin, 8. Mai. Vom Tageblatt können die gestern aus Russland zurückgekehrten Berliner Luftschiffer über die Behandlung, die ihnen seitens der Polizei und der Gerichte zuteil wurde, nicht klagen. Der Deutsche Luftfahrtverband beabsichtigt ein Verfahren auf Herausgabe des Ballons "S. S." anzustrengen, der sein Eigentum ist und einen Wert von 10000 Mark hat.

### Schwerer Unfall bei einer Regimentsübung.

Brandenburg (Havel), 8. Mai. Bei einer Übung des Feldartillerieregiments Nr. 3 überfiel sich die Lafette eines Geschützes und begrub einige Soldaten unter sich. Der auf dem Geschütz stehende Kanonier Henning wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle tot war. Der Kanonier Pede wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen sofort ins Garnisonlazarett gebracht. An seinem Auskommen wird gezweifelt.

### Kaiser Franz Josephs Befinden.

Wien, 7. Mai. Über das Befinden des Kaisers wurde heut abend folgender Bericht ausgegeben: Die Symptome eines trockenen Kataraks auf der rechten Seite lassen eine bemerkenswerte Änderung nicht erkennen. Der Husten ist heute tagsüber etwas härter. Die Herzstärigkeit, sowie das sonstige Befinden sind vollständig befriedigend.

### Die russische Flotte.

Petersburg, 7. Mai. Der Reichsrat hat u. a. einen Gesetzentwurf angenommen, durch den von den 481 Millionen Rubeln, die 1912 zur Wiederherstellung der Flotte ausgeworfen waren, 77752000 Rubel genehmigt werden, die zum Bau von Hilfsschiffen und Schwimmdocken für Minen und Artillerie und zur Einrichtung von Fabriken der Marinessoftware dienen sollen.

### Ministerkrise in Russland?

Paris, 8. Mai. (Privattelegramm.) Aus Petersburg wird gemeldet, daß eine Veränderung im Ministerium zu erwarten sei. Der Ministerpräsident Gorenki wird seine Entlassung einreichen, und der Unterstaatssekretär im Ackerbauministerium Gravojchin sei als sein Nachfolger auszusehen.

### König Nikita reist nach Petersburg.

Petersburg, 8. Mai. (Privattelegramm.) Der Börsenzeitung zufolge wird der König von Montenegro mit dem Erbprinzen demnächst in Petersburg einen Besuch abhalten.

### Spanien baut Kriegsschiffe.

Madrid, 7. Mai. Der Marineminister hat einen Gesetzentwurf eingereicht, der einen jährlichen Kredit von 36 Mill. Pesetas neun Jahre hindurch vorsieht. Diese Summe soll ausschließlich für Marinabauten verwendet werden. In dem Gesetzentwurf wird angekündigt, daß in den Jahren 1915/16 und 1917 zwei Schiffsziele, zwei Schnellkreuzer und drei Unterseeboote gebaut werden sollen. Ein Kredit von einer Million wird offen gelassen, um den Bau von drei weiteren Unterseebooten zu beginnen.

### Der Stand der amerikanischen Saaten.

Washington, 7. Mai. Das Ackerbaubureau schätzt den Durchschnittsstand für Winterweizen auf 95,9 gegen 95,6 Prozent am 1. April und 91,9 Prozent im Vorjahr, für Frühjahrsweizen auf 70,9 gegen 67,2 im Vorjahr, für Winterroggen auf 93,4 gegen 91,3 im April und 91,0 im Vorjahr. Die Anbaufläche für Winterweizen beträgt 35387000 Akre, im Vorjahr 30938000. Der Ertrag wird für ein Akre auf 17,8 Bushels, im Vorjahr 16,6 Bushels geschätzt.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Zuckerberichte.

Hamburg, 7. Mai. Nachm. 2,10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 880 R. Rendement neue Ullance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für Mai 9,30, für Juni 9,40, für Juli 9,50, für August 9,60, für Oktober-Dezember 9,62½, für Jan.-März 9,77½, Ruhig.

Hamburg, 7. Mai. abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Ullance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für Mai 9,32½, für Juni 9,40, für Juli 9,50, für August 9,62½, für Oktober-Dezember 9,62½, für Januar-März 9,77½, Ruhig.

Paris, 7. Mai. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88% neue Kondition 29½ a 29. Weißer Zucker stetig. Nr. 3 für 100 Kilogr. für Mai 32½, für Juni 32½, für Juli-August 33½, für Oktober-Januar 32½.

Berlin, 8. Mai. Wetter: Schön. Neuigkeit, 7. Mai. Tendenz: schwach. Canadian Pacific aktien 192½, Baltimore u. Ohio 90½, United States Steel Corporation 59½.

New York, 7. Mai. Weizen für Mai 102,25, für Juli 94,50, für September 92,50.

Hamburg, 7. Mai, abends 6 Uhr. **Kaffeemarkt.** Good average Santos für Mai 46,75 Gd., für September 48,00 Gd., für Dezember 48,75 Gd., für März 49,25 Gd. Ruhig.  
Ost-West, 7. Mai, vorm. 11 Uhr. (**Getreidemarkt.**) Weizen fest für Mai 13,28, für Oktober 11,98. Roggen für Oktober 9,63. Hafer für Oktober 8,14. Mais für Mai 7,19, für Juli 7,33. für August 7,43. Kohlrap für August 15,85. — Weiter: Weichter Regen.

Antwerpen, 7. Mai. (**Schlüß.**) (**Getreidemarkt.**) Weizen fest, für Mai 19,90, für Juli 19,72, für September 19,20. **Gerste** für Mai —, für September 14,05, für Dezember 14,00.

Antwerpen, 7. Mai. **Petroleum.** Raffiniertes Type weiß, lotto 22,50 Br. Br. do. für Mai 22,50 Br. für Juni 22,75 Br. für Juli-August 22,75 Br. Ruhig.

Schmalz für Mai 127,00.

Amsterdam, 7. Mai. **Cava-Kaffee** good ordinary 40,50.

Amsterdam, 7. Mai. **Banafazium** 93<sup>3</sup>/<sub>4</sub>.

Glasgow, 7. Mai. (**Schlüß.**) **Roheisen** Middlesborough warrants ruhig, 51/2.

London, 7. Mai. (**Schlüß.**) **Standard-Rupfer** ruhig, 63<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, drei Monate 63<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Liverpool, 7. Mai, nachm. 4,10 Uhr. **Baumwolle.** Umsatz 12'000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen.

Tendenz: Willig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stielig. Mai-Juni 6,91. Juni-Juli 6,78. Juli-August 6,76. August-Septbr. 6,61. September-Oktober 6,41. Oktober-November 6,31. November-Dezember 6,24. Dezember-Januar 6,22. Januar-Februar 6,22. Februar-März 6,23.

#### Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 7. Mai. (**Schlüß-Kurze.**) 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent. Schlesische Pfandbriefe Alt. A. 88,00. 4proz. Poln. Pfandbriefe (4proz. Couponsteuer) 80,50. Bresl. Diskontobank-Akt. —. Schles. Bank-Aktien 151,75. Archimedes-Aktien 124,50. Bresl. Spuit.-Akt.-Gef.-Akt. 420,00. Cellulose-Fabrik Heldmühle-Aktien 154,00. Donnersmarchhütte-Aktien 380,00. Eisenhütte Silesia Akt.-Gef.-Aktien 114,00. Hohenlohe-Werke Akt.-Gef.-Aktien 106,00. Kattowitz Bergbau-Aktien 209,40. Königs- und Laurahütte-Aktien 139,50. Niederschles. Elektro- und Kleinbahnen-Aktien 145,00. Oberösterreich. Eisenbahnbetrieb-Akt. 81,50. Oberösch. Eisenindustrie-Aktien 62,00. Oberöschles. Kratz. Chem. Fabr.-Aktien 215,00. Oberöschles. Portland-Zement-Akt. 153,00. Oppeln-Zement (Grundmann) Akt. 152,25. Portland-Zement (Giesel) Akt. 152,30. Schles. Elektro- und Gas Akt. A. Akt. 190,00. Schles. Elektro. u. Gas Akt. B. Akt. 187,00. Schles. Leinenindustrie Kratza Akt. 105,50. Schles. Zement (Großschwartz) Akt. 158,00. Schles. Röhrenhütten-Aktien 370,00. Silesia Verein. chem. Fabr.-Aktien 170,70. Verein Freiburger Uhrenfabriken 117,50. Zdunder Zuderfabrik-Aktien 148,50. Russische Banknoten 214,50. Schwach.

Frankfurt a. M., 7. Mai, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3 Prozent. Reichsanleihe 77,90. 3proz. Deutsche Staatsrente 75,40. 4proz. Österr. Goldrente 86,30. 4proz. Österr. einh. Rente fond. in Kronen 82,20. 3proz. West. unif. Anl. 84,50. 4proz. Rumänier amort. Anl. 03 99,90. 4proz. Russ. toni. Anl. von 1880 86,30. 4proz. Russ. Anl. 02 89,50. 4prozent. Serbische amort. Rente 95 79,00. 4proz. Türk. Anl. unif. Anl. 03 —. Türk. 400-Frances-Losje ult. 165,00. 4proz. Rückung Goldbr. 82,10. 4proz. Ung. Staatsrente in Kronen 80,90. 5proz. West. äußeres Anl. 84,50. Berl. Handelsges. ult. 153,00. Darmstädter Bank ult. 117<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Deutsche Bank ult. 241. Diskonto-Kommandit ult. 188. Dresd. Bank ult. 150,00. Mittel. Kreditbank 116,70. Nationalb. f. Deutschland 112<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Österr. Kredit ult. 192<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Reichsb. —. Rhein. Kredit. —. Schäff. Bankverein 109,40. Österr. Ung. Staatsb. ult. 153,00. Österr. Südbahn (Comb.) ult. 207<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Ital. Mittelmeer —. Balt. - Ohio ult. 91,25. Anat. C.-B. ult. —. Prince Henri ult. 155,00. Adlerw. Klever 324,70. Affum. Berlin 338,00. Allg. Elektro-Gesell. per akt. 24,50. Bahneuer u. Co. —. Schudert ult. 145<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Alumin.-Indust.-Aktien 274,50. Bad. Anilin u. Sodaefabrik 612,00. Höchster Farbw. 630,50. Holzverfah. —. Indust. Konstanz 304,20. Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Peter 80,00. Kunst. Frankf. —. Bochumer Gußstahl ult. 218,75. Gelieut. Bergb.

178,50. Harp. Bergb. 175,50. Westerregeln Alkaliwert 200,50. Phönix-Bergbau ult. 227<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Laurahütte ult. 139,50. Verein deutscher Oläfär. 174,00. Privatdiskont 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. London kurz 20,447. Paris kurz 81,425. Wien kurz 85,000. Hamburger A. P. A. 127,25. Norddeutsche Lloyd 111,25. Ruhig.  
Nach Schluß der Börse: Krebitaktien 192<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Diskonto-Kommandit 188. Ruhig.

Frankfurt a. M., 7. Mai, abends. (Abendbörsie). (Schluß.) 4proz. Türk. unif. Anl. —. Türk. 400-Frances-Losje —. Berliner Handelsges. —. Darmstädter Bank 117<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Deutsche Bank 240<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Dresden. Bank 150,25. Diskonto-Kommandit 188. Nationalb. f. Deutschland —. Österr. Kreditanst. 192<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Österr.-Ung. Staatsb. 153,00. Österr. Südb. (Comb.) 207<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Baltim. Ohio 90<sup>7</sup>/<sub>8</sub>. Hamb. A.-P. A. 127<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Allg. Elektro.-Gef. 240,75. Schudert 144<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Bochumer Gußstahl —. Deutsch-Luxemb. Bergwerk 122,25. Gelsenkirchener Bergw. 178,75. Harpener Bergb. —. Phönix Bergbau —. Laurahütte —. Ruhig.

Daimler Motoren 392,25. South West Africa 116,25. Gold- und Silberdeideanstalt 623,55.

Nachbörs: Phönix Bergbau 227<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Baltimore und Ohio 91<sup>1</sup>/<sub>2</sub>/s

Stahlfabrik Königszelt 4,50. Sto. Rathgeber 2,10. Deutsche Gasglühlampen 2,50. Thörls Ölhaber 2. Schwanebeck 2,75. C. Lorenz 4. Girmes u. Co. 7,5. Union Chem. Fabr. 4,75. Arnsdorfer Papier 2. Gebr. Schindorff 2,50. Gladbeck 2. Albert Chem. Fabr. 3,25 Prozent. Es notierten niedriger: Akt.-Gef. f. Bauausführungen 4. Ammendorfer Papierfabrik 4. Reisholz Papier 2,25. Daimler Motoren 2. Egeleffoff Masch. 2,75. Kappel Masch. 5,50. Ruffhäuserhütte 6. Ohles Erben 5,75. Peipers Wasserwerke 5,50. Bendix 3. Zimmermann Piano 2. Lindener Weberei 3. Berliner Glanzstoff 6. Anilinsfabr. Treptow 3,50. Badische Anilin 3. Oberfelder Farben 6. Braunschweig. Koblenz 2. Lippoldgrube 3. Riebeck Montan 2. Müller Speisefett 3,40. Hildebrandse Mühlen 3. Riedel 3. Weiter ter Meer 3. Thale Vorz.-Akt. 7. Nord. Zellulose 6 Prozent.

Am Geldmarkt lag heute ein ziemlich großes Wechselangebot, namentlich von langfristigen Wechseln vor, die im Gegenjahr zu den Wechself mit kurzer Sicht, deren Fälligkeitstermin Ende Juni, also sehr günstig liegt, zurzeit beliebt sind. Der Privatdiskont tendierte in folgedessen anfangs nach oben, wurde aber dann doch wieder, wie gestern, mit 2% Prozent notiert. Tägliches Geld war zu 3 bis 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Prozent erhältlich. Die Seehandlung erneerte ihre Geldangebote zu den Tagesläufen der Börse. Am Dienstag war die Tendenz etwas bestätigt. Im "freien Verkehr" stellten sich die Kurie für Scheid Paris auf ca. 81,41 bis 41,42 und für Scheid London auf ca. 20,4775 bis 20,48. Offiziell wurde Scheid London mit 20,48 (gestern 20,475). Scheid Paris mit 81,40, wie gestern, und die Devise Wien mit 85 (85,025) notiert. Sofortige Auszahlung Petersburg wurde mit ca. 214,65 bis 214,70 (214,575 bis 214,625) umgesetzt. Der meizlanische Wechselkurs wurde heute mit 1,39 (vorgestern 1,35) gemeldet.

**Kurse gegen 3 Uhr.** 3proz. Deutsche Reichsanleihe 77,99. 3proz. Buenos Aires, Russische Anleihe von 1902 89,50. Türkei 165,75. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. österr. Eisen.-Anl. v. 1913 —. Kommerz- und Diskontobank 108,50. Darmstädter Bank 117,50. Deutsche Bank 240,50. Diskonto 188,00. Dresdner Bank 150,01. Berliner Handelsgesellschaft —. Nationalbank 112,37. Schaaff. Bankverein 109,37. Kreditanst. —. Wiener Bankverein —. Wiss.-Don. Kommerzbank-Aktien —. Petersburger Int. Bank 179,75. Russische Bank 149,37. Süderer —. Baltimore 91,25. Kanada 192,87. Pennsylvania —. Meridianbahn 107,37. Mittelmeerbahn —. Franzosen —. Lombarden —. Anatolier 115,75. Orientbahn 196,50. Prince Henry 153,25. Schantung-Eisenbahn 138,87. Elektro. Hochbahn —. Große Berliner Straßenbahn —. Hamburger Bahnfahrt 127,12. Hanja 248,75. Nord. Lloyd 111,12. Hamburg-Südamerikaner 159,00. Dynamit Trust 174,87. South-West —. Aumeg-Friede 153,87. Naphtha - Produktion 403,00. Bochumer 218,75. Oberschlesische Eisenindustrie Carlo 62,87. Konolidation —. Deutscher Luxemburger 122,49. Gelsenkirchen 178,62. Harpener 175,27. Hohenlohe-Werke 106,00. Kattowitz 208,12. Laurahütte 139,62. Oberöschles. Eisenbahnbedarf 80,62. Orenstein u. Koppel 169,75. Phönix 227,50. Rheinische Stahlwerke 156,50. Rombacher 152,37. Allg. Elektro. 240,75. Deutsch-Uerd. Elektro. 174,50. Gesellschaft für Elektro. Unternehmungen 158,75. Schudert 145,00. Siemens u. Halsle —. Elektro. Licht und Kraft —. Türk. Tabakregie 231,75. Deutsch-Australische Dampferlinie —.

**3 Uhr 10 Minuten.** Reichsanleihe 78,00. Türkenlose 165,75. Deutsche Bank 240,50. Diskonto 188,00. Dresdner 150,00. Handelsgesellschaft —. Schaaffhausen 109,75. Kredit —. Azio. Don. —. Petersburger Internationale 179,75. Baltimore 91,25. Kanada 192,75. Lombarden —. Orient 196,50. Henry 153,25. Schantung 138,87. Große Berliner Straßenbahn —. Hamburger Bahnfahrt 127,25. Hanja 249,00. Nord. Lloyd 111,00. Deutsch-Australische Bahn für Sprit 23. 152,87. Bochumer Guß 218,75. Deutsch-Luxemburg 122,12. Gelsenkirchen 178,37. Harpener 175,25. Laurahütte 139,62. Phönix 227,37. Rombach 152,37. Allgemeine Elektro. Gesellschaft 240,75. Schudert 145,00. Siemens u. Halsle —. Dynamit 174,75. Naphtha 403,00. South-West —. Türkische Tabakregie 231,75. Tendenz: Ruhig.

#### Deutsche Anleihen.

	Dt. Hyp.-Pfb. VII	94,75 G.	Pr. Pfdbr. 1905	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	87,50 G.	Macedonier Prior.	3	60,90 b. G.	Industrie-Aktien u. St.-Pr.	Körting Gebr.
Reichs- p. 1. 8. 14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	100,20 b. G.	VIII 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	86,40 G.	Pr. Westl. Bod.	50,75 b. G.	Österr. Südb.-Pr.	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	50,75 b. G.	Kgl. Wilh. B. G. & Co.	8 123,00 b. G.
schw. p. 1. 4. 15 4	100,40 G.	XIX 4	95,40 G.	Tred.-B. Pfdbr.	—	Lehuantepec Nat.	5	—	Kgl. Laurahütte	18 230,00 G.
scheine p. 1. 5. 16 4	100,10 G.	Hamb. unif. 1900	94,50 b. G.	ausl. 1—9 a	4	93,75 b. G.	Gr. Russ. Staats-	14 237,50 b. G.	S. V. 140,00 b. G.	
Pr. Schag p. 1. 4. 15 4	100,40 G.	1910	95,00 b. G.	desgl. 1920,12—12a	4	94,75 G.	bahn-Prior.	3	89,75 b. G.	
p. 1. 5. 16 4	100,10 G.	1908	84,00 G.	1922, 13	4	95,50 G.	Kurstl.-Kiew.	4	109,75 b. G.	
Deutsche Reichsanl. 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	86,90 b. G.	Meissl. Hyp. 1909	94,00 b. G.	1907	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93,70 G.	Westl. Krem. Brich.	7	124,60 G.	
3	77,90 b. G.	1908	84,10 b. G.	unt. 1909	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	94,60 b. G.	Adler. Porrl.-Amt.	6	109,00 b. G.	
4	—	Meininger II, VI, VII	94,60 b. G.	1909	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85,70 G.	Alg. Elektro.-Gef.	14	240,80 b. G.	
Pr. soni. St.-Anl. 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	86,90 G.	VIII, IX	94,50 b. G.	Stettiner Nation.	4	—	(v. D. Edson-G.)	12	105,50 b. G.	
3	77,90 B.	1909	86,00 G.	Pfdbr. abgest.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	87,10 G.	Annaburg. Stgt.	7	118,75 G.	
Bad. Staats-Anl.	4	96,70 G.	Präm.	4	141,00 G.	Rijsl.-Rjdan.	4	—	Niederl. Ahlen	12 216,50 b. G.
Bayr. Staats-Anl.	4	97,90 G.	Nordd. Grundbr. III	4	98,00 G.	Smolenst.	4	85,80 G.	Nordb. Lloyd	7 111,00 G.
Brem. Anleihe	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85,00 B.	VII 3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	83,00 G.	1900	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	85,00 b. G.	Obschl. G. - Bed.	6 80,75 b. G.	
Di. Pfdb. -A. Poj.	4	96,80 G.	Pr. Boden 1917	4	94,50 b. G.	Wd.-Rybsk.	4	—	Ei. - Ind.	3 62,30 b. G.
Hess. St.-Anl. v. 99	4	97,30 G.	1913	4	94,50 b. G.	Wj.-Rybsk.	4	—	Ob. Kolbwerke	15 216,90 b. G.
Hamb. Staats-Anl.										